

BrÃ¼sseler ErklÃ¤rung der LÃ¤nder

Description

Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der LÃ¤nder am 7. September 2023 in BrÃ¼ssel

BrÃ¼sseler ErklÃ¤rung der LÃ¤nder

(Stand: 7. September 2023)

Aus Anlass ihres Treffens in BrÃ¼ssel am 7. September 2023 erklÃ¤ren die Regierungschefinnen und Regierungschefs der LÃ¤nder:

1. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der LÃ¤nder betonen, dass eine **starke, demokratische und handlungsfÃ¤hige EuropÃ¤ische Union** entscheidend fÃ¼r den Erhalt von Freiheit, Frieden und Wohlstand ist.

   Derzeit wird diese Freiheit sowohl durch innere StrÃ¶mungen, als auch durch Ã¤uÃ?ere Bedrohungen zunehmend gefÃ¤hrdet. Der vÃ¶lkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands hat die europÃ¤ische Friedensordnung nachhaltig erschÃ¼ttert. Die Regierungschefinnen und

Regierungschefs der LÃ¤nder bekrÃ¤ftigen ihre ungebrochene SolidaritÃ¤t mit der Ukraine und versichern weiterhin ihre umfassende humanitÃ¤re UnterstÃ¼tzung, z. B. im Rahmen von Regionalpartnerschaften und begrÃ¼Ã?en die finanzielle, logistische, medizinische und militÃ¤rische Hilfe seitens der EU, der Bundesrepublik, der LÃ¤nder und weiterer Akteure, um die russische Aggression abzuwehren. Zugleich sollten die Kosten Russlands fÃ¼r eine Fortsetzung des Angriffskriegs durch politische und wirtschaftliche Sanktionen stetig erhÃ¶ht werden. Die strafrechtliche Verfolgung und Ahndung der zahlreich dokumentierten Kriegsverbrechen werden unterstÃ¼tzt. Russlands Angriffskrieg hat Millionen Menschen aus der Ukraine in die Flucht getrieben. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der LÃ¤nder werden die geflÃ¼chteten Ukrainerinnen und Ukrainer weiterhin bestmÃ¶glich unterstÃ¼tzen. Sie begrÃ¼Ã?en den Beschluss der EU-Innenministerinnen und -Innenminister vom 04.03.2022, der es ermÃ¶glicht, ukrainische KriegsflÃ¼chtlinge schnell und unbÃ¼rokratisch in der gesamten EU aufzunehmen.
Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der LÃ¤nder begrÃ¼Ã?en die konkrete Beitrittsperspektive fÃ¼r die Ukraine, aber auch fÃ¼r Staaten SÃ¼dosteuropas. Sie heben hervor, dass die Beitritte auch im Interesse der EU liegen.

2. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der LÃ¤nder stellen fest, dass auch innereuropÃ¤isch zunehmend grundlegende gemeinsame Werte in Frage gestellt werden. Die Basis von rechtstaatlichen und demokratischen GrundsÃ¤tzen muss weiter gestÃ¤rkt werden. Antidemokratische, antieuropÃ¤ische und populistische Tendenzen in einem Mitgliedstaat haben unmittelbare Auswirkungen sowohl auf den einzelnen Mitgliedstaat als auch auf die EU als Wertegemeinschaft. Daher begrÃ¼Ã?en die LÃ¤nder ausdrÃ¼cklich die Mechanismen zur Einhaltung der **Rechtsstaatlichkeit** sowie eine etwaige Sanktionierung der Missachtung des Rechtsstaatlichkeitsprinzips. Vor dem Hintergrund der vielfÃ¤ltigen Krisen, mÃ¼ssen die HandlungsfÃ¤higkeit weiter gestÃ¤rkt und die Reaktionszeit der EU durch geeignete Reformen beschleunigt werden. Dies entspricht ebenfalls den Beratungen und den Ergebnissen der europÃ¤ischen BÃ¼rgerinnen und BÃ¼rger im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas. DafÃ¼r kann unter anderem der Ã?bergang zu Mehrheitsentscheidungen in klar definierten Politikbereichen im Rat notwendig sein.

3. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der LÃ¤nder fordern, dass die EU die **internen und externen Herausforderungen** noch entschiedener angeht. Dazu gehÃ¶ren u. a. die verÃ¤nderte geopolitische Ordnung, der Klimawandel, die Energiekrise, notwendige Transformationsprozesse, der demographische und digitale Wandel, Migration, die strukturellen AbhÃ¤ngigkeiten von anderen WirtschaftsrÃ¤umen, die fragile Lieferketten und die Sicherstellung nachhaltiger Ressourcennutzung. Die aktuellen UmbrÃ¼che sind eine Belastungsprobe fÃ¼r die Wirtschaft und Gesellschaft der EU. Ein entsprechend hohes Innovations- und Investitionsniveau ist daher erforderlich. Sie betonen, dass die notwendigen Investitionen nicht durch einzelne Mitgliedstaaten, Regionen, oder die BÃ¼rgerinnen und BÃ¼rger sowie die Wirtschaft allein gestemmt werden kÃ¶nnen, sondern dass dies als eine der zentralen gemeinsamen Aufgaben zu begreifen ist. Besondere UnterstÃ¼tzung benÃ¶tigen dabei kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie BÃ¼rgerinnen und BÃ¼rger mit kleinem

Einkommen. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der LÃ¤nder sind sich einig, dass die anstehende Aufgabe eine â??mehrschichtigeâ?? Transformation ist: eine nachhaltige und digitale Transformation, deren soziale, gesellschaftliche und Ã¶konomische Auswirkungen es zu bewÃ¤ltigen gilt. Dabei sollten die auf Ebene der Kommunen und LÃ¤nder gesammelten Erfahrungen noch systematischer und vorausschauender fÃ¼r eine entsprechende EU-Regulierung genutzt werden.

4. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der LÃ¤nder heben hervor, dass die grundsÃ¤tzlichen Ziele des **europÃ¤ischen Green Deals** die zentrale strategische Weichenstellung fÃ¼r den Ã?bergang zu einer nachhaltigen, wettbewerbsfÃ¤higen, klimaneutralen und sozialen Marktwirtschaft auf EU-Ebene sind. Der Klimawandel und die daraus resultierenden Folgen gefÃ¤hrden weltweit die natÃ¼rlichen Lebensgrundlagen und damit auch die ErnÃ¤hrungssicherheit. Es ist daher erforderlich, die Treibhausgasemissionen im Sinne der europÃ¤ischen Klimaziele anhaltend zu verringern, KlimaanpassungsmaÃ?nahmen gezielt zu stÃ¤rken und mit natÃ¼rlichen Ressourcen effizient umzugehen. Zielsetzungen, Grenzwerte und Fristen mÃ¼ssen jedoch so festgelegt werden, dass sie realistisch, in der Praxis umsetzbar und im Hinblick auf unterschiedliche Politikbereiche kohÃ¤rent ausgestaltet sind. Die fÃ¼r die Transformationen notwendigen SchlÃ¼sseltechnologien mÃ¼ssen entschieden vorangebracht werden. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der LÃ¤nder betonen, dass die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft gemeinsam mit der Industrie vorangebracht werden muss. Dabei bilden Start-Ups und Mittelstand ein wichtiges Fundament, wobei KMU sowie ein Unternehmenswachstum Ã¼ber die bisherige KMU-Schwelle hinaus noch gezielter als bisher gefÃ¶rdert werden sollten. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der LÃ¤nder setzen sich fÃ¼r grÃ¶Ã?ere Anstrengungen bei der FÃ¶rderung von Forschung und Innovation als entscheidender Faktor der WettbewerbsfÃ¤higkeit ein.
5. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der LÃ¤nder stellen fest, dass durch eine erfolgreiche **industrielle Transformation** neben klimapolitischen auch wirtschafts-, wettbewerbs-, und geopolitische Ziele der EU erreicht werden kÃ¶nnen. Die VerfÃ¼gbarkeit und der gesicherte Bezug von nachhaltig produziertem Strom zu international wettbewerbsfÃ¤higen Preisen entwickeln sich zunehmend zu einem entscheidenden Standortfaktor. Der zÃ¼gige Ausbau erneuerbarer Energien verringert die AbhÃ¤ngigkeit von fossilen EnergietrÃ¤gern sowie deren Import. AuÃ?erdem sind eine gesicherte Versorgung mit Rohstoffen und Chemikalien und der Abbau von BÃ¼rokratie, einschlieÃ?lich der Beschleunigung behÃ¶rdlicher Verfahren, fÃ¼r alle transformationsrelevanten Bereiche essentiell. Hinsichtlich des Tempos zur Erreichung der KlimaneutralitÃ¤t ist darauf zu achten, dass die internationale **WettbewerbsfÃ¤higkeit der Industrie** der EU erhalten und die Akzeptanz in der BevÃ¶lkerung gewÃ¤hrleistet bleiben. DarÃ¼ber hinaus betonen die Regierungschefinnen und Regierungschefs der LÃ¤nder die Bedeutung von nachhaltig produziertem Wasserstoff. Sie weisen darauf hin, dass umgehend die geeigneten instrumentellen und fÃ¶rderseitigen Rahmenbedingungen fÃ¼r einen schnellen Ausbau der Erzeugung und des Imports von vorzugsweise grÃ¼nem Wasserstoff sowie fÃ¼r die Errichtung der erforderlichen â?? auch grenzÃ¼berschreitenden â?? Infrastruktur geschaffen werden mÃ¼ssen.
6. Die infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine **gestiegenen Energiekosten** stellen ein akutes Hemmnis fÃ¼r die Erholung der Konjunktur und die RÃ¼ckkehr der Industrieproduktion auf Vorkrisenniveau dar. Es muss daher den Mitgliedstaaten fÃ¼r einen

Ã?bergangszeitraum mÃ¶glich sein, einen wettbewerbsfÃ¤higen BrÃ¼ckenstrompreis vor allem fÃ¼r energieintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen zu etablieren, bis bezahlbare erneuerbare Energien in hinreichendem Umfang zur VerfÃ¼gung stehen. Energieversorgungssicherheit und stabile Energiepreise stellen wichtige Aspekte zur Sicherung der EU als Wirtschaftsstandort dar. Um den Ausbau erneuerbarer Energien zÃ¼gig voranzutreiben, sind beispielsweise DifferenzvertrÃ¤ge oder Power Purchase Agreements wertvolle Instrumente, um Planungssicherheit und Investitionsanreize herzustellen. Zur StÃ¤rkung des europÃ¤ischen Binnenmarktes sind die InterkonnektivitÃ¤t der Energienetze zu verbessern, deren Ausbau voranzutreiben und geeignete SpeicherlÃ¶sungen zu entwickeln. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der LÃ¤nder bitten die europÃ¤ische Kommission geeignete Anpassungen an dem europÃ¤ischen Strommarktdesign vorzunehmen, damit zukÃ¼nftig nicht marktgerechte Energiepreisentwicklungen bei der Strompreisbildung unberÃ¼cksichtigt bleiben.

7. Neben Aspekten der Ã?kologie und Wirtschaftlichkeit muss bei der Umsetzung von Klimaschutz und Energiewende auch die **SozialvertrÃ¤glichkeit** und Ausgewogenheit der MaÃ?nahmen gewahrt bleiben, um deren Akzeptanz in der Breite der Gesellschaft nicht zu gefÃ¤hrden.

8. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der LÃ¤nder sind der Auffassung, dass die **StabilitÃ¤t des EU-Binnenmarktes** auch in einem global anspruchsvollen Umfeld weiter zu stÃ¤rken und gleichzeitig die WettbewerbsfÃ¤higkeit der europÃ¤ischen Wirtschaft zu sichern ist. Sie nehmen zur Kenntnis, dass verschiedene WirtschaftsmÃ¤chte auÃ?erhalb Europas Subventionsprogramme u.a. fÃ¼r wichtige Industriezweige und fÃ¼r klimaneutrale Technologien aufgesetzt haben. Dies trifft in besonderem MaÃ?e die europÃ¤ische Solarindustrie, welche nicht nur durch auÃ?ereuropÃ¤ische Subventionsprogramme, sondern aktuell auch durch extrem wettbewerbswidrige Praktiken chinesischer Hersteller in eine existenzgefÃ¤hrdende Situation geraten ist.

   Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der LÃ¤nder betonen die Notwendigkeit, eine angemessene gemeinsame europÃ¤ische Antwort auf die Programme zu formulieren. Dazu bedarf es u. a. der Neugestaltung und EntbÃ¼rokratisierung des europÃ¤ischen Beihilferechts auf Grundlage der neu geschaffenen Subventionsoptionen, damit sowohl der Zusammenhalt des Binnenmarktes gewÃ¤hrleistet, als auch wirtschaftliche Anreize fÃ¼r Transformationsregionen und auch fÃ¼r strukturschwache Gebiete in der EU ermÃ¶glicht werden. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs verfolgen die Debatte zur Reform des StabilitÃ¤ts- und Wachstumspakts aufmerksam. Die Herausforderungen bedeuten fÃ¼r die Ã¶ffentlichen Haushalte enorme Anstrengungen. Die LÃ¤nder unterstreichen, dass nur eine international wettbewerbsfÃ¤hige Wirtschaft und stabile Ã¶ffentliche Finanzen die EU in die Lage versetzen, den Herausforderungen der Zukunft dauerhaft zu begegnen.

9. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der LÃ¤nder halten **kÃ¼rzere und vereinfachte Planungs- und Genehmigungsverfahren** fÃ¼r essentiell. Das gilt insbesondere fÃ¼r Important Projects of Common European Interest (IPCEI), die fÃ¼r den Transformationsprozess von zentraler Bedeutung sind, sowie fÃ¼r Vorhaben, die nach den Leitlinien fÃ¼r staatliche Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen (KUEBLL) zu bewilligen sind. DarÃ¼ber hinaus muss das europÃ¤ische Vergaberecht angepasst werden, sodass es Ã¶ffentliche Investitionen sowie die Nachfrage nach klimaneutralen Produkten und Technologien befÃ¶rdert, u. a. durch eine inflationsbedingte ErhÃ¶hung der Schwellenwerte.

10. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der LÃ¤nder betonen die **zentrale Bedeutung der KohÃ¤sionspolitik**. Gezielte strukturpolitische Investitionen unterstÃ¼tzen maÃ?geblich eine ausgewogenere wirtschaftliche und soziale Entwicklung, reduzieren Ungleichheiten zwischen den Regionen und fÃ¶rdern auf diese Weise den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie sind jedoch der Auffassung, dass die vielfÃ¤ltigen sozialen, Ã¶konomischen und Ã¶kologischen Herausforderungen der Transformation die Ungleichheiten zwischen den europÃ¤ischen Regionen wieder verschÃ¤rfen und dadurch den Zusammenhalt der Regionen akut gefÃ¤hrden kÃ¶nnen. Dies betrifft alle Regionen unabhÃ¤ngig vom Entwicklungsstand. Daher fordern die LÃ¤nder fÃ¼r die kommende FÃ¶rderperiode eine angemessene Mittelausstattung und attraktive KofinanzierungssÃ¤tze insbesondere fÃ¼r Ã?bergangsregionen, aber auch fÃ¼r stÃ¤rker entwickelte Regionen als Wachstums- und Innovationslokomotiven der EU. Die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft sind nicht allein an das Bruttoinlandsprodukt gekoppelt. Es gilt vorhandene StÃ¤rken zu stÃ¤rken, um so den europÃ¤ischen Anschluss an den globalen Wettbewerb zu behalten. Angesichts dieser Ausgangslage bedarf es einer Fortentwicklung der KohÃ¤sionspolitik, die die Regionen bei der BewÃ¤ltigung der mehrschichtigen Transformation unterstÃ¼tzt, es ermÃ¶glicht, flexibel auf die jeweiligen Transformationsbedarfe zu reagieren und zugleich darauf abzielt, die Unterschiede zwischen den Regionen zu verringern. Neben einer finanziell gut ausgestatteten und langfristig agierenden KohÃ¤sionspolitik betonen die Regierungschefinnen und Regierungschefs der LÃ¤nder, dass es bei keinem der Strukturfonds zu SchwÃ¤chungen kommen darf. KohÃ¤sionspolitik muss in klarer regionaler Verantwortung bleiben. Nur unter Einbeziehung der Regionen gelingt ein Europa nahe an BÃ¼rgerinnen und BÃ¼rgern, das vor Ort wirkt. Die LÃ¤nder setzen sich fÃ¼r eine KohÃ¤sionspolitik 2028-2034 ein, die die GrundsÃ¤tze der SubsidiaritÃ¤t und VerhÃ¤ltnismÃ¤Ã?igkeit achtet und die den Regionen die erforderlichen Freiheiten bei der Gestaltung der FÃ¶rderprogramme belÃ¤sst sowie mehr Rechtssicherheit und Effizienz bietet.

11. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der LÃ¤nder sind sich einig, dass die am 08.06.2023 mehrheitlich gefasste Einigung der Innenministerinnen und -minister der EU-Mitgliedstaaten zum EU-Migrationspaket nur einen ersten wichtigen Schritt in Richtung einer **solidarischen Migrationspolitik** darstellen kann, wenn sie konsequent umgesetzt wird. Dieser Kompromiss zeigt, dass Europa grundsÃ¤tzlich handlungsfÃ¤hig ist, wenn der politische Wille vorhanden ist. Es ist gelungen, auch jene Staaten in die Verantwortung zu nehmen, die bisher praktisch keinen Beitrag zur Aufnahme und Versorgung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern geleistet haben. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der LÃ¤nder sind der Auffassung, dass der eingerÃ¤umte Handlungsspielraum im Rahmen des

SolidaritÃ¤tsmechanismus jedoch nicht dazu fÃ¼hren darf, dass das Ziel eines solidarischen Systems unterwandert wird. Sie betonen Ã¼berdies, dass rechtssichere und menschenrechtskonforme Verfahren an den EU-AuÃ?engrenzen nachprÃ¼fbar eingehalten werden mÃ¼ssen. Vor allem fÃ¼r Familien mit Kindern muss die Einhaltung besonderer Schutzregeln insbesondere nach der Kinderrechtskonvention sichergestellt sein. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der LÃ¤nder vertrauen darauf, dass Rat und EuropÃ¤isches Parlament das Verfahren im Trilog zeitnah zum Abschluss bringen.

12. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der LÃ¤nder betonen, dass die **EntbÃ¼rokratisierung** und die **Beschleunigung von Verfahren**, sowie die enge **Abstimmung mit der Praxis** essentielle Grundpfeiler fÃ¼r eine erfolgreiche europÃ¤ische Politik darstellen. Diese Stellschrauben gilt es bei allen MaÃ?nahmen zu beachten, die notwendig sind, um die skizzierten Herausforderungen zu bewÃ¤ltigen. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der LÃ¤nder weisen in diesem Zusammenhang auÃ?erdem auf die Einhaltung der SubsidiaritÃ¤t hin. Beispielsweise muss die europÃ¤ische Artenschutzpolitik regionale Antworten auf regional unterschiedliche Herausforderungen beim Wolfsschutz ermÃ¶glichen.
13. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der LÃ¤nder unterstreichen abschlieÃ?end die entscheidende **Bedeutung der EuropÃ¤ischen Union zur BewÃ¤ltigung der aktuellen und perspektivischen Herausforderungen** und zur Sicherung der Freiheit, des Friedens und des Wohlstands in Europa. Umso wichtiger ist es, dass Deutschland eine aktive und gestaltende Rolle einnimmt, um die Interessen des Bundes und der LÃ¤nder bestmÃ¶glich in den europÃ¤ischen Vorhaben zu verankern. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der LÃ¤nder erwarten von der Bundesregierung, Deutschlands besonderer Verantwortung in Europa nachzukommen und sich engagiert fÃ¼r die europÃ¤ische Integration einzusetzen. Die LÃ¤nder werden im Rahmen ihrer verfassungsmÃ¤Ã?igen Verantwortung aktiv die deutsche Europapolitik mitgestalten â?? im deutschen wie im gesamteuropÃ¤ischen Interesse.

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der LÃ¤nder rufen die BÃ¼rgerinnen und BÃ¼rger zur Teilnahme an der Europawahl 2024 auf.

Date
30.10.2026
Date Created
07.09.2023